

## BEVÖLKERUNGSPOLITIK.

### DIE AUSGANGSLAGE

- Bei einer Netto reproduktionsrate von 0,7 wird die Einwohnerzahl in Deutschland im Jahr 2060 auf rund 73 Mio. sinken; damit verbunden ist eine Verschiebung der Altersstruktur: der Anteil der über 65-jährigen wird bei 35% liegen. Eine Nettozuwanderung von 200.000 Zuwanderern pro Jahr ist bei dieser Prognose bereits eingerechnet (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung).
- Die Migrationsagenda der UNO und die der EU befürworten und fördern für Staaten mit schrumpfender Bevölkerung eine „Bestanderhaltungsmigration“. Die Zeichen sprechen dafür, dass die Bundesregierung gewillt ist, diese Pläne in vollem Umfang umzusetzen.
- Deutschland erlebt seit September 2015 einen unkontrollierten Zustrom von meist jungen männlichen Migranten mit nur rudimentärer Bildung und unzureichender Qualifikation aus muslimischen Herkunftsländern.

### DIE FOLGEN DIESER DEMOGRAPHISCHEN ENTWICKLUNGEN

- Die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme werden sowohl aufgrund des Bevölkerungsrückganges als auch aufgrund der Verschiebungen in der Altersstruktur kollabieren.
- Die Anzahl der Rentner steigt, die der Einzahler sinkt. Das Umlageverfahren der gesetzlichen Rente wird nicht mehr funktionieren, schon heute wird das Defizit in der deutschen Rentenversicherung durch steuerfinanzierte Zahlungen ausgeglichen; in 2050 wird auf einen Berufstätigen ein Rentner kommen. Kostentreibende Effekte wird es auch für die Kranken- und Pflegeversicherung geben.
- Die Auswirkungen auf die Wirtschaft sind gravierend, weil sie den Wohlstand gefährden, gleichwohl sind sie schwieriger zu prognostizieren. Bevölkerungsrückgang bedeutet generell weniger Erwerbstätige, weniger Unternehmer, weniger Binnennachfrage, weniger Bruttoinlandsprodukt, weniger Steuereinnahmen.
- Produktivitätssteigerungen und Innovationen könnten einen Bevölkerungsrückgang kompensieren. Allerdings setzt dies eine Zunahme des Human- und Wissenskapitals voraus. Die in Deutschland verbreitete Technologie- und Innovationsfeindlichkeit verbunden mit falschen Subventionsanreizen und sinkendem Bildungsniveau lassen eher das Gegenteil befürchten.
- Wenn ein Hochlohnland wie Deutschland mit der Produktivitätssteigerung und Innovativität seiner Produkte im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten kann, muss mit Beschäftigungs- und Wohlstandsverlusten und in der Folge mit Verteilungskämpfen gerechnet werden.
- Die Migranten, die ab 2015 massenweise nach Deutschland kommen, werden aufgrund ihrer fehlenden Qualifikation überwiegend nicht in der Lage sein, eine dauerhafte, anspruchsvolle Erwerbstätigkeit auszuüben. Sie werden vielmehr in den nächsten Jahren unsere Sozialsysteme zusätzlich belasten.
- Weiterhin ist zu erwarten, dass diese überwiegend muslimischen und kulturfremden Zuwanderer zu Verwerfungen in der Gesellschaft führen werden.
- Aus den genannten Gründen erwachsen Konfliktpotentiale zwischen den Generationen, Regionen, Bevölkerungsgruppen, Zuwanderern, den „Reichen“ und den „Armen“.

- Es ist inakzeptabel, den Herkunftsländern durch eine großzügige Immigrationspolitik Arbeitskräfte und politische Gestalter zu entziehen und somit Diktatoren oder anderen autoritären Herrschaftsformen das Handwerk zu erleichtern.
- Durch die gegenwärtige Handhabung der Immigration werden Gesetze und internationale Vereinbarungen gebrochen und rechtsfreie Räume geschaffen. Forderungen und Maßnahmen zur Kompensation der Nachteile der schrumpfenden Bevölkerung
- Die Basis für zukünftige Planungen kann nur lauten: Die schrumpfende Bevölkerung in Deutschland muss akzeptiert und gestaltet werden.
- Es müssen Lösungen und Maßnahmen gefunden werden, die in der gegebenen Situation einen akzeptablen Ausgleich zwischen Wohlstandsverlust und sozialer Sicherung herbeiführen.
- Eine familienfreundliche Politik mit Betonung der traditionellen Familie muss geschaffen werden.
- Für die Altersversorgung muss ein neues Konzept entwickelt werden aus einer für alle gleichen staatlichen Grundversorgung, einer staatlichen Zusatzversorgung für Mütter und Väter, die Kinder geboren und erzogen haben, sowie einer privaten Vorsorge.
- Gleiches muss für die Kranken- und Pflegeversicherung gelten. Das „Rund-um-sorglos-Paket“ muss auf das Notwendige beschränkt werden. Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung müssen gestärkt werden.
- In Schulen, dualer Ausbildung und Universitäten muss wieder ein höheres Leistungsniveau erreicht werden. Die Ideologie der Gleichheit darf nicht den Leistungsgedanken korrumpieren.
- Technologie- und Innovationsfeindlichkeit müssen beendet werden, um nicht endgültig den Anschluss an den internationalen Wissensfortschritt zu verlieren. Naturwissenschaften, Technik und Ingenieurwissenschaften, Informatik, Biotechnologie und Pharmazie müssen aus ihrer Ächtung befreit werden.
- Die unbegrenzte und unkontrollierte Zuwanderung muss gestoppt werden. Einwanderer sollen nach US-amerikanischem oder kanadischem Vorbild nur bei Erfüllung klar definierter Kriterien ins Land gelassen werden. Die Aufnahme von echten Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention oder von Asylbewerbern im Sinne des §16 des Grundgesetzes bleibt natürlich unberührt.
- Unkontrollierte Zuwanderung darf nicht zum Import ethnischer, religiöser und kultureller Konflikte führen. Die Sicherheit der Bevölkerung darf nicht weiter durch Kriminalität und Terror gefährdet werden.
- Die Migrationsagenden der UNO und der EU sind mit Bedacht und Augenmaß zu interpretieren und der autonomen Souveränität des Staates und des Volkes zu unterwerfen.
- Eine Ideologie, die einen Austausch der deutschen Bevölkerung oder dessen Umerziehung anstrebt, muss bekämpft werden.